EU engagiert sich für bessere Luft

Grenzwerte für Schadstoffe sollen weiter sinken – Europäische Volkspartei fordert mehr Zeit

VON KATRIN PRIBYL

Straßburg. Es ist noch nicht lange her, als erbittert um die Luftqualität in Europas Städten gestritten wurde. Der Dieselskandal sorgte in Deutschland für Dauer-Schlagzeilen. Regelmäßiger Ozon-Alarm hielt die Menschen noch in den 90er-Jahren an heißen, sonnigen Tagen vom Freibad-Besuch ab. Gerichte entschieden regelmäßig, dass die Behörden für eine bessere Luft sorgen müssten. Und einige Politiker hätten häufig am liebsten Messstellen verlegt, weil besonders von Schadstoffen verpestete Städte und Gebiete zu hohen Strafzahlungen verdonnert wurden.

Mittlerweile ist es um das Thema ruhiger geworden, was auch daran liegt, dass die Luft in Europa seit Jahren sauberer wird. Doch sie ist laut Experten noch immer nicht gut genug. Die EU-Umweltagentur EEA schätzt, dass 2019 mehr als 300.000 Menschen in der Staatengemeinschaft vorzeitig durch die Belastung ihrer Umgebungsluft mit Feinstaub starben. Deshalb will die EU mit strengeren Grenz- und Zielwerten für verschiedene Schadstoffe – vorneweg Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon – dagegen angehen.

Umweltausschuss für strikte Leitlinie

An diesem Mittwoch stimmen die Abgeordneten des EU-Parlaments in Straßburg über ihre Position zur Überarbeitung der Richtlinie ab, die sich auf Wunsch des zuständigen Umweltausschusses sogar noch näher an den strikten, von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgeschlagenen Leitlinien orientieren sollte, als von der Kommission bei der Präsentation des Vorschlags im Herbst 2022 vorgesehen.

„Frische Luft sollte kein Luxus sein, sie sollte als grundlegendes Menschenrecht betrachtet werden“, hatte EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius damals gesagt. Demnach soll die Belastung durch Feinstaub mit einer Partikelgröße von bis zu 2,5 Mikrometer im Jahr 2030 um mehr als die Hälfte reduziert werden – von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel auf zehn Mikrogramm.

Besonders die Feinstaubbelastung spiele „eine entscheidende Rolle und reduziert die Lebenserwartung erheblich“, sagte der EU-Abgeordnete Tiemo Wölken (SPD), „mit drastischen Effekten vor allem für finanziell Schwächere, die sich teuren Wohnraum im Grünen nicht leisten können“. Um gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen, seien „weitere gesetzgeberische Maßnahmen nötig“.

In Sachen Stickstoffdioxid soll derweil auf Wunsch der Brüsseler Behörde die Belastung ab 2030 bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft liegen, bisher sind es im Jahresmittelgrenzwert 40 Mikrogramm. Die WHO empfiehlt sogar nur zehn Mikrogramm.

Kommt es bald zu Fahrverboten, einer Stilllegung von Industrieanlagen und der Schließung von Baustellen, wie Kritiker, darunter der Zentralverband des Deutschen Handwerks, befürchten? Den Christdemokraten und Konservativen im Europaparlament gehen die vom Umweltausschuss formulierten Zielwerte jedenfalls deutlich zu weit. Natürlich könne man noch mehr tun, sagte der CDU-Europaparlamentarier Peter Liese. „Aber wir haben viel erreicht, und es gibt keinen Anlass für Panik und Aktionen, die noch mal drastische Konsequenzen nach sich ziehen.“

Werden die Schadstoff-Höchstwerte überschritten, drohen Strafzahlungen. FOTO: SCHMIDT/DPA

Verpflichtende Standards

Sein Kollege Norbert Lins (CDU) sieht das ähnlich. „Wir sollten auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen, aber wir haben keine Lage, wo wir mit extremen oder unverhältnismäßigen Maßnahmen eingreifen müssten.“ Der EU-Parlamentarier plädierte für „realistischere Grenzwerte“, insbesondere bei Stickoxiden. Hier verlangen die Vertreter der Europäischen Volkspartei (EVP) bei der Annäherung an die WHO-Richtwerte mehr Zeit. Statt 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft fordern sie einen Grenzwert von 30 Mikrogramm ab dem Jahr 2030. Dass sich die Situation bei den Stickoxiden bereits beruhigt hat, liegt unter anderem am Rückgang von Diesel-Fahrzeugen und hochwertigeren Filteranlagen.

Reicht das, damit die EU ihr Ziel erreicht, bis zum Jahr 2050 die Luftverschmutzung auf null zu bringen? Der Kommissionsvorschlag war mit keinen spezifischen Maßnahmen versehen, sondern legte nur verpflichtende Standards fest. Das Wie ist Aufgabe der 27 Mitgliedstaaten, sobald sich Parlament und Rat, also das Gremium der EU-Länder, auf einen Kompromiss geeinigt haben.

„Wir kommen zunehmend in den Bereich, dass Städte und Gemeinden immer weniger in der Lage sein werden, durch eigene Maßnahmen im lokalen Umfeld Verbesserungen zu erreichen“, sagte CDU-Mann Lins und verwies auf Einflüsse von außen, die zu einer entsprechenden Belastung beitragen. Beispielsweise seien Industrieanlagen in Polen relevant für das Feinstaub-Aufkommen in Teilen Deutschlands. Hinter den Kulissen rechnen auch Mitglieder anderer Parteien diese Woche mit einer hitzigen Debatte zur Umsetzbarkeit der strengen Vorgaben. „Extreme Einschnitte“ befürchtete etwa eine Grüne hinter vorgehaltener Hand. So verursachen etwa auch Elektroautos durch den Abrieb von Bremsen und Reifen Feinstaub.

Kommentar Seite 2

Kreml gewinnt in Regionen

Experten: Wahlen nicht frei

Moskau. Sergej Sobjanin, Bürgermeister Moskaus, hat sich mit einem Stimmenzuwachs fast in Millionenhöhe bei einer Wahl im Amt bestätigen lassen. Der 65 Jahre alte Vertraute von Kremlchef Wladimir Putin erhielt 76,39 Prozent der Stimmen, wie die zentrale russische Wahlkommission am Montag in Moskau mitteilte. Das waren gut sechs Prozentpunkte mehr als bei der Abstimmung 2018 (70,17 Prozent). Sobjanin war für die Kremlpartei Geeintes Russland angetreten, die sich auch in den meisten anderen regionalen Abstimmungen in Russland zur Siegerin erklären ließ.

Deutlich höhere Beteiligung

Insgesamt stimmten für den Rathauschef in Europas größter Stadt rund 2,5 Millionen Menschen, knapp eine Million mehr als vor fünf Jahren. Die Wahlbeteiligung lag demnach deutlich höher bei 42,5 Prozent nach 31 Prozent im Jahr 2018. An zweiter Stelle lag mit 8,1 Prozent der Kommunist Leonid Sjuganow, ein Enkel des Chefs der russischen Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow. Die anderen drei Kandidaten erhielten jeweils noch weniger Stimmen.

Experten hatten die Wahlen angesichts fehlender Medienfreiheit, mangelnder Vielfalt an Parteien mit echten politischen Programmen und wegen beispielloser Repressionen gegen Andersdenkende als nicht fair und frei bezeichnet. Der Chef der Kremlpartei, Andrej Turtschak, sprach trotz der Kritik von einem „überzeugenden allgemeinen Sieg“.

Experten hatten zuvor beklagt, dass es mit Blick auf den russischen Krieg gegen die Ukraine im Grunde keine Wahldebatten gegeben habe. Auch in Moskau war von Wahlkampf nichts zu spüren. Die unabhängige Wahlbeobachterorganisation Golos teilte mit, dass es unter den verschiedenen Abstimmungen vereinzelt Vertreter der liberalen Oppositionspartei Jabloko in Stadtparlamente oder Dorfräte geschafft hätten. DPA

BRASILIEN

Lula zieht Garantie für Putin zurück

Brasília. Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat seine Aussage auf dem G 20-Gipfel in Indien relativiert, wonach Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Besuch in Brasilien keine Verhaftung zu befürchten hat. „Ich weiß nicht, ob Brasiliens Justiz ihn inhaftieren wird. Es ist die Justiz, die das entscheidet, nicht die Regierung oder das Parlament“, sagte Lula auf einer Pressekonferenz in Neu-Delhi am Montag. Lula hatte am Wochenende in einem Interview des indischen Nachrichtenportals „Firstpost“ gesagt, dass Putin ungeachtet eines internationalen Haftbefehls im nächsten Jahr zum G 20-Gipfel nach Brasilien reisen könnte. Beim diesjährigen G20-Treffen in Neu-Delhi wurde Russland von Außenminister Sergej Lawrow vertreten. Gegen den russischen Präsidenten liegt ein Haftbefehl wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der Ukraine vor. DPA

Katalanen fordern Unabhängigkeit

Demonstration in Barcelona

Barcelona. Zehntausende Menschen haben in Katalonien anlässlich des Nationalfeiertags „Diada“ die Unabhängigkeit der Region im Nordosten Spaniens gefordert. Nach einem Sternmarsch versammelten sich Demonstranten am Montagabend auf der Placa d’Espanya im Zentrum Barcelonas. Sie skandierten Slogans wie „Unabhängigkeit, Freiheit“. Der katalanische Regionalregierungschef Pere Aragonès sagte kurz vor der Kundgebung, man dürfe die Chance, die sich aufgrund der plötzlichen Bedeutung der katalanischen Parteien für die Bildung einer neuen spanischen Regierung ergebe, nicht verpassen.

Die „Diada“, bei der immer am 11. September an den Verlust der Selbstverwaltung 1714 erinnert wird, gilt jedes Jahr als Gradmesser für die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung. Dieses Jahr wurde die Demonstration in ganz Spanien mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, denn die separatistischen Parteien Kataloniens spielen sechs Jahre nach der Niederschlagung des Abspaltungsversuchs vom Herbst 2017 eine Hauptrolle als Königsmacher in der spanischen Politik.

Die beiden katalanischen Separatistenparteien im Madrider Parlament werden in den nächsten Wochen darüber entscheiden, ob der geschäftsführende Regierungschef Pedro Sánchez weiterregieren kann oder es eine Neuwahl geben muss. Denn ohne die Stimmen der Katalanen hätten die Sozialisten von Sánchez keine Mehrheit. Zunächst aber hat Oppositionsführer Alberto Núñez Feijóo von der konservativen Volkspartei, der bei der Wahl die meisten Stimmen bekommen hatte, noch bis zum 27. September Zeit, ein Regierungsbündnis zu schmieden. DPA

Spionage-Skandal spaltet Tories

28-jähriger Brite verhaftet – China bestreitet die Vorwürfe

VON SUSANNE EBNER

London. Spionagethriller sind historisch eng mit der Gründung der Geheimdienste in Großbritannien verknüpft. Schließlich ist James Bond der wohl berühmteste Geheimagent überhaupt; und was sich derzeit im britischen Parlament abspielt, könnte problemlos Teil der Handlung eines neuen 007-Romans sein.

Am Sonntag wurde bekannt, dass ein 28-jähriger Brite, der jahrelang für das britische Parlament gearbeitet hat und dort regelmäßig ein- und ausging, unter dem Vorwurf der Spionage für China verhaftet wurde. Der junge Mann habe durch sein Netzwerk Einfluss auf die britische China-Politik nehmen können, berichteten Medien. Der „Times“ zufolge wuchs der Verdächtige in einem wohlhabenden Vorort von Edinburgh als Sohn eines Hausarztes auf. Er lebte und arbeitete einige Zeit in China, bevor er für den Wissenschaftlichen Dienst im Parlament zu arbeiten begann. Seitdem soll er im Austausch mit Politikern wie dem Minister für Sicherheitsfragen, Tom Tugendhat, gestanden haben.

Parlamentarier reagieren geschockt

Fotos zeigen den jungen Mann mit Mitarbeitern einflussreicher Institutionen. Alle zwei Monate soll er in einem Pub in der Nähe des Parlaments ein Treffen für an China Interessierte organisiert haben. Beamte, politische Berater, Journalisten und Mitarbeiter von Denkfabriken nahmen regelmäßig daran teil. Festgenommen wurde der Mann von den Behörden bereits im März dieses Jahres.

Viele Parlamentarier reagierten geschockt auf die Enthüllungen und darüber, dass sie von der Verhaftung nicht in Kenntnis gesetzt wurden. Der verdächtige 28-Jährige bestritt am Montag, als Spion tätig gewesen zu sein. Er sei „völlig unschuldig“ und eine solche Tätigkeit spreche gegen alles, wofür er stehe.

Nachdem der Fall bekannt wurde, beschwerte sich der britische Premierminister Rishi Sunak am Wochenende am Rande des G 20-Gipfels in Neu-Delhi bei seinem chinesischen Amtskollegen Li Qiang. Er habe „seine große Besorgnis über jegliche Einmischung in unsere parlamentarische Demokratie, die natürlich inakzeptabel ist“, zum Ausdruck gebracht, hieß es in einer Stellungnahme. China wies die Vorwürfe am Montag in einer knappen Stellungnahme zurück: Ein Sprecher des Außenministeriums betonte, diese „sogenannte Spionage“ sei „nicht existent“ und forderte das Vereinigte Königreich auf, mit der Verbreitung „falscher Informationen“ und „böswilliger Verleumdungen Chinas“ aufzuhören.

Seine China-Strategie wird kritisch hinterfragt: Premier Rishi Sunak. FOTO: SITDIKOV/IMAGO

Kurs mehrfach geändert

Großbritannien hat seinen Kurs gegenüber China in den vergangenen Jahren immer wieder geändert. Während Premierminister David Cameron 2015 noch von einem „goldenen Zeitalter“ in den Beziehungen zu Peking sprach, waren seine Nachfolger Theresa May wie auch Boris Johnson deutlich skeptischer.

Liz Truss forderte schließlich, China als „Bedrohung“ zu bezeichnen. Sunak schlug zuletzt jedoch einen milderen Ton an. Seine China-Politik orientierte sich auch an wirtschaftlichen Interessen. Er stufte das Land lediglich als „Herausforderung“ ein.

Der Spionage-Skandal stellt Sunaks Strategie infrage und spaltet die konservative Tory-Partei. Insbesondere nachdem mit James Cleverly Ende August nach fünf Jahren erstmals wieder ein britischer Außenminister das Land besucht hatte. Inwieweit wusste Cleverly von der Verhaftung, als er nach Peking reiste? War er über die Spionageaktivitäten im Parlament informiert worden, und wenn nicht, warum? Ein Regierungssprecher machte hierzu am Montag keine klare Aussage. Er sagt jedoch, dass davon auszugehen ist, dass Minister zu Themen, die die Sicherheit betreffen, informiert werden. Während der Druck auf die konservative Regierung wächst, jetzt einen konfrontativen Kurs gegenüber Peking einzunehmen, betonte Handelsministerin Kemi Badenoch, China als Bedrohung zu bezeichnen, würde „die Dinge eskalieren lassen“.

KAUKASUS

Armeniens Militär startet Manöver mit den USA

Eriwan. Zum Ärger Russlands hat die Ex-Sowjetrepublik Armenien im Südkaukasus eine gemeinsame Militärübung mit den USA begonnen. Das Manöver „Eagle Partner 2023“ finde auf dem Gelände eines Lehrzentrums für friedenssichernde Einsätze in Eriwan statt, berichteten armenische Medien am Montag. Armenien hatte die Übung, die vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen mit dem Nachbarland Aserbaidschan um die Region Bergkarabach erfolgt, bereits in der vergangenen Woche angekündigt. Das noch bis zum 20. September dauernde Manöver beinhaltet nach Angaben des armenischen Verteidigungsministeriums Operationen zur Stabilisierung von Konflikten bei der Erfüllung von friedensstiftenden Einsätzen. DPA

NIEDERLANDE

Klimaaktivisten blockieren erneut Autobahn

Den Haag. Hunderte Klimaaktivisten haben am Montag in Den Haag erneut eine Autobahn in der Nähe des niederländischen Parlaments- und Regierungsviertels vorübergehend blockiert. Die Polizei setzte nach eigenen Angaben Wasserwerfer ein, um die Demonstranten von der Autobahn zu vertreiben. Wie schon am Wochenende wurden die Aktivisten aufgefordert, ihre Demonstration gegen die Energiepolitik der Regierung unweit des Hauptbahnhofs von Den Haag abzuhalten, wo dies legal war. Aktivisten, die den Anweisungen der Polizei keine Folge leisteten, wurden festgenommen. DPA